

Daseinsvorsorge, territoriale Ungleichheit und Zivilgesellschaft

Claudia Neu

Ländliche Räume waren viele Jahre in der Öffentlichkeit – vielleicht mit Ausnahme von Vorabendserien und TV-Spielfilmen – kaum ein Thema. Doch momentan stehen sie auf der Aufmerksamkeitsskala weit oben, lange ist den ländlichen Räumen nicht mehr so viel Interesse von Medien, Wissenschaftlern und politischen Entscheidungsträgern entgegengebracht worden. Berichte über ärztlichen Versorgungsnotstand in Mecklenburg-Vorpommern oder neu entstehende Dorfläden in kleinen Gemeinden häufen sich. Unzählige wissenschaftliche Tagungen zum Thema Zukunft des ländlichen Raumes erfreuen sich reicher Zuhörerschaft. Verantwortlich für diese Aufmerksamkeit am Schicksal des – um genau zu sein – entlegenen ländlichen Raumes ist eine unerfreuliche Melange aus wirtschaftlichem, weniger allerdings agrarwirtschaftlichem, Niedergang und demografischen Veränderungen, die mit Entleerung, Schrumpfung und Alterung einhergehen. In der Folge führen diese Entwicklungen dann zu einer Reduzierung oder Schließung öffentlicher Infrastrukturleistungen wie Schulen, Krankenhäusern oder Jugendeinrichtungen.

Viele Jahre wurde sicher verdrängt oder übersehen, dass es sich bei den Veränderungen in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands nicht bloß um eine wirtschaftliche Flaute in Folge der Wiedervereinigung handelte, die sich mit den entsprechenden Millionen an Fördergeldern schon geben würde. Zunehmend wird deutlicher, dass die demografischen Entwicklungen in diesen Räumen lediglich Entwicklungen vorwegnehmen, die zukünftig vielen Regionen in Deutschland bevorstehen könnten. So zeigen sich in diesen Regionen Herausforderungen für eine zukünftige Gesellschaftsgestaltung wie unter einem Brennglas: Welche Zukunft haben schrumpfende und schnell alternde Räume? Welche öffentlichen Leistungen können und müssen von staatlicher Seite aus angeboten werden, um eine Teilhabe der Bevölkerung am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten? Wie kann ein sozialer, kultureller und territorialer Zusammenhalt gesichert werden, wenn sich die einzelnen Teile des Staatsgebietes wirtschaftlich und sozialstrukturell auseinander entwickeln? Welche Rolle soll den Bürgern zukünftig bei der Gestaltung der Daseinsvorsorge zukommen?

Im Zentrum des Beitrages stehen die sozialstrukturellen Folgen der neuen (Regional-)Politik für entlegene ländliche Räume und ihre Bewohner. Bevor am Beispiel einer mecklenburgischen Gemeinde die infrastrukturellen Versorgungsstrukturen beleuchtet werden, gilt es, einen Blick auf wirtschaftliche Strukturveränderungen und politische Paradigmenwechsel zu werfen.

1 Peripherisierung von Räumen

Lediglich gut ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands lebt in entlegenen oder peripheren ländlichen Räumen (BBR 2005: 19 f.)¹. Vom Schicksal dieser entlegenen Regionen erfahren die übrigen Bürger vor allem durch die breite Medienberichterstat-

tung, die sich in den immer gleichen Bildern von verlassenem Häusern, an Bushäuschen herumlungenden Jugendlichen und in der Öffentlichkeit biertrinkenden Männern ergeht. Nur selten wird in diesen Berichterstattungen Zeit gefunden, nach strukturellen Veränderungen in Ökonomie und Gesellschaft zu fragen.

Die ländliche Gesellschaft Nordostdeutschlands ist nach dem zweiten Weltkrieg bereits zweimal tiefgreifenden Umwälzungen unterworfen worden. Bodenreform, Kollektivierung und die sich anschließende Industrialisierung der Landwirtschaft haben nicht nur die Agrarstruktur, sondern auch die Sozialstruktur ländlicher Räume in der DDR nachhaltig verändert. Einzelbäuerliche Wirtschaften und Gutsbetriebe wurden unter politischem Zwang zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und Volkseigenen Gütern (VEG) umgewandelt, selbständige Bauern und Landarbeiter wurden so zu Mitgliedern beziehungsweise lohnabhängigen Mitarbeitern in kollektiv wirtschaftenden Agrar-Unternehmen. Nach der Wiedervereinigung hatten sich die LPGen bis zum 31.12.1991 eine neue Rechtsform zu geben oder waren aufzulösen. Im Zuge dieser Umgestaltung der LPGen zu eingetragenen Genossenschaften, GmbHs, Aktiengesellschaften oder einzelbäuerlichen Betrieben wurden die meisten bisherigen Mitarbeiter entlassen. Ein Großteil wurde verrentet, einige fan-

¹ Als entlegen werden ländliche Räume bezeichnet, wenn sie sich durch dünne Besiedlung und erschwerte Zentrenreichbarkeit auszeichnen. In Deutschland gelten Gebiete mit unter 50 Einwohnern je km² als sehr dünn besiedelte Räume, mit weniger als 100 Einwohnern je km² als dünn besiedelte Räume. (BBR 2005: 15 f.) Die Bewohner des Landkreises Uckermark benötigen im Durchschnitt 60 Minuten, um den nächstgelegenen zentralen Ort zu erreichen, die Bewohner der Altmark gar 67 Minuten und die Ostfriesen immerhin noch 48 Minuten.

den in ihren erlernten Berufen neue Anstellungen, doch für etliche ehemalige LPG-Mitarbeiter bedeutete das Aus der LPG auch das Aus der eigenen (erfolgreichen) beruflichen Laufbahn. Arbeitsbeschaffungs- oder Fortbildungsmaßnahmen unterbrachen für viele lediglich die anhaltende Langzeitarbeitslosigkeit. Anders als nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland boten der sekundäre und tertiäre Sektor nach der Wende in Ostdeutschland nicht ausreichend neue berufliche Positionen, um die aus der Landwirtschaft ausgeschiedenen Personen auffangen zu können (Neu 2004). Gleichwohl gelang es den meisten landwirtschaftlichen Betrieben in Ostdeutschland in der subventionsgestützten Marktwirtschaft der EU gut Fuß zu fassen und wirtschaftliche Erfolgsgeschichten zu schreiben – ohne jedoch zum Motor für ländliche Entwicklung zu werden. Denn die Entbettung der landwirtschaftlichen Produktion aus regionalen Kreisläufen ist längst vollzogen. So ist die landwirtschaftliche Produktion zwar noch an naturräumliche Standortbedingungen geknüpft, die Subventionen fließen allerdings aus Brüssel, die Ware wird nach China verkauft und in transnationalen Unternehmen verarbeitet. Die wenigsten Landbewohner können noch von diesen globalisierten Entwicklungen profitieren. Gleichzeitig gerieten andere Branchen ins Straucheln. Investoren blieben aus, Fördergelder verpufften und Neugründungen gerieten in die Insolvenz. Hohe Arbeitslosenzahlen zwischen 20 und 25 Prozent sind für die neuen Bundesländer traurige Normalität geworden.

Erschwerend kommt hinzu, dass Ballungszentren im Osten und vor allem im Südwesten der Republik Arbeitsplätze bieten und verstärkt junge Arbeitskräfte anziehen. Neben den geringen Geburtenzahlen verschärft der Wegzug der Jüngeren und Hochqualifizierten die ökonomische Misere und lässt die Innovationsfähigkeit ländlicher Räume sinken. Strukturschwache ländliche Regionen geraten folglich in einen Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Alterung, der wiederum leere Staatskassen und einen Abbau an Infrastruktur nach sich zieht und somit die sozioökonomische Abkopplung der peripheren ländlichen Räume von den wirtschaftsstarke Zentren weiter vorantreibt (Keim 2006). Dieser dynamische Prozess der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abkopplung, der mit Funktions- und Machtverlusten für die betroffenen Räume einhergeht, lässt sich als Peripherisierung beschreiben. Problematisch ist zudem, dass Zukunftschancen fernab der wirtschaftlichen dominanten Ballungszentren für diese Teilräume nicht in Sicht sind und auch gar nicht mehr für möglich gehalten werden. Nichtsdestotrotz nutzen „Raumpioniere“ (Matthiesen) vereinzelt diese (wirtschaftlichen) Brachen, um künstliches oder ökonomisches Neuland zu betreten. Doch selbsttragende regionale Entwicklungen sind auch von diesen Akteuren nicht zu erwarten. „Die Chancen für neue, im ‚Schatten‘ der Entwicklungen stattfindende Nutzung gehen gegen Null. Hier ist die lose Kopplung zu den prosperierenden Entwicklungen gerissen“, schreibt Karl-Dieter Keim (2006: 5). Und weiter: „Was in ohnedies dünn besiedelten Ländern wie Skandinavien oder Kanada zur anerkannten Wirtschafts- und Sozialgeschichte gehört, nämlich das weite Teile des Landes

nahezu ohne Besiedlung und Nutzung verbleiben, gerät in Gesellschaften wie Deutschland zu einer Provokation (...).“ (ebd.) Vielleicht lässt sich noch einen Schritt weiter gehen: Die ökonomischen Abkopplungen und sozialstrukturellen Verwerfungen könnten zu einer Gefahr für den sozialen und territorialen Zusammenhalt der Gesellschaft werden.

2 Demografisierung politischer Entscheidungen

Die Frage nach dem sozialen und territorialen Zusammenhalt unter den Bedingungen von divergierenden räumlichen Entwicklungen wird aber zumeist vermieden. Vielmehr werden die Bürger darauf eingestimmt, dass die goldenen Zeiten, in denen allen Teilräumen des Landes gleich gute infrastrukturelle Angebote zur Verfügung standen, endgültig vorbei sind. Unter Rückgriff auf demografische Argumente – weniger Menschen brauchen weniger Infrastruktur – wird zudem ein Paradigmenwechsel in Bezug auf den Umgang mit benachteiligten Räumen eingeleitet. So verknüpft der Brandenburger Koalitionsvertrag von Oktober 2004 die zukünftige Regionalentwicklung ausdrücklich mit dem Demografischen Wandel in den Regionen. Da der Demografische Wandel zu „erheblichen Disparitäten zwischen verschiedenen Teilräumen des Landes“ führe, seien die „landes- und regionalplanerischen Grundlagen“ daran anzupassen (Brandenburger Landtag 2004: 31). Auf einer Klausurtagung des SPD-Landesvorstandes erläuterte der Ministerpräsident Mathias Platzeck, welche politische Botschaft sich hinter dem bürokratisch formulierten Satz verbirgt: „Gleichwertig ist nicht gleich. Wir haben zu konstatieren, dass nicht in allen Dörfern gleich gefördert werden kann.“ (Platzeck 2004a). Was „Gleichwertigkeit“ jenseits von Gleichheit meint, ließ er bis auf die lapidare Kommentierung – „längere Wege“ – offen (Platzeck 2004b: 18). Dieses Beispiel zeigt, dass mit Rekurs auf die „schrumpfende Bevölkerung“ Schulen, Kindergärten, öffentlicher Nahverkehr oder vergleichbare Erwerbschancen für nicht mehr herstellbar erklärt werden (Barlösius/Neu 2007).

Diese Demografisierung des Gesellschaftlichen – von der Bevölkerungszusammensetzung wird auf die Gesellschaft, ihre wirtschaftliche Zukunft, ihre politischen Möglichkeiten und kulturellen Leistungen geschlossen – verschleiert jedoch, dass nicht der Bevölkerungsaufbau an sich schon, sondern vor allem ökonomische und noch mehr politische Entscheidungen über die Zukunft von Regionen entscheiden.

Dass Demografischer Wandel, dünne Besiedlung und Wirtschaftsschwäche nicht automatisch zum Rückzug der Unterstützung führen müssen, belegen Beispiele aus Nachbarländern. In Frankreich wird durchaus eine Dualität in der regionalen Entwicklung anerkannt – die global agierenden Zentren einerseits und der ländliche Raum andererseits. Es ist gesellschaftlicher Konsens, dass die ländlichen Regionen Transferzahlungen erhalten können, so lange die Zentren die volkswirtschaftlichen Gewinne erzielen. Die Unterstützung der entlegenen Regionen soll vor allem dazu dienen, die kulturellen Besonderheiten der Regionen zu bewahren und regio-

nale Disparitäten nicht zu groß werden zu lassen – im Interesse der gesamten Nation (Davezies/Veltz 2006). Auch die skandinavischen Länder geben viel Geld aus, um ihre peripheren Regionen an das allgemeine Wohlstandsniveau anzupassen, denn „ganz Schweden soll leben“ (Titel der schwedischen Dorfaktionsbewegung).

Die veränderte (regional)politische Ausrichtung lässt sich durchaus als Indiz betrachten, dass der für die bundesrepublikanische Gesellschaft so tragende Konsens der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse (Art. 72 Abs. 2 Grundgesetz) zusehends zerbricht. Gleichwertigkeit soll fortan nicht mehr als Angleichung der Lebensverhältnisse verstanden werden. Dabei wurde Jahrzehnte lang die Modernisierung des Ländlichen und der Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen – vor allem in Form von Infrastruktur – eben mit Art. 72 Abs. 2 GG gerechtfertigt. Ländliche Räume wurden folglich in der Bundesrepublik beispielsweise über einen Ausbau der Gymnasien, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) oder die Telekommunikation an die modernen städtischen Lebensverhältnisse herangeführt. In der Folge glichen sich Stadt und Land in ihren Lebensbedingungen – nicht in ihrer Lebensführung – immer weiter an. Ganz dem Modernisierungsgedanken verpflichtet, sollten auch die neuen Bundesländer nach der Wiedervereinigung alsbald das Niveau der alten Bundesländer erreichen (Barlösius 2006, 2007; Barlösius/Neu 2007). Nachdem zwar ein umfangreicher Ausbau der technischen Infrastruktur in den Jahren seit der Wiedervereinigung stattgefunden hat, eine Angleichung der Lebensverhältnisse der entlegenen ländlichen Räume an städtische Verhältnisse aber in weite Ferne gerückt ist, soll den neuen räumlichen Disparitäten nun mit der Förderung von Zentren und „Leuchttürmen“ begegnet werden. Sie

sollen als (ökonomische) Kraftspender für die angrenzenden Regionen dienen. Mag dies für die ländlichen Räume in Agglomerationsnähe gelten, so bleibt das Schicksal der entlegenen ländlichen Räume ungewiss. Bisweilen wird geraten, sie doch einfach aufzugeben.

3 Wandel der Infrastruktur und die Einschätzung der Bürger

Waren die 1990er Jahre durchdrungen vom Mantra der „blühenden Landschaften“, so wird immer deutlicher, dass sich die Angleichung der Lebensverhältnisse, wenn überhaupt, anders als erwartet vollziehen wird. Ein „immer mehr“ und „immer besser“ für alle scheint in die ferne Vergangenheit zu gehören, vielmehr finden sich in Ost und West sehr dispers verlaufende regionale Entwicklungen. Räume mit wachsender und schrumpfender Bevölkerung liegen immer häufiger direkt nebeneinander. Die Eifel beispielsweise grenzt unmittelbar an die Ballungsräume Bonn, Köln und Aachen, dennoch finden wir hier in vielen Gemeinden ähnliche Prozesse wie in ländlichen Räumen Ostdeutschlands. Ärztemangel bedroht die medizinische Versorgung der Landbevölkerung, kleine Lebensmitteleinzelhändler haben längst geschlossen, und Kinder legen weite Wege zur Schule zurück. Selten wird jedoch danach gefragt, was dieser Wandel der Infrastrukturausstattung für die Bewohner dieser Regionen bedeutet.

Nähern wir uns dieser Frage über ein konkretes Fallbeispiel aus dem ländlichen Mecklenburg-Vorpommern (Neu et. al 2007). Die Gemeinde Galenbeck liegt am östlichsten Zipfel des Landkreises Mecklenburg-Strelitz fernab von Autobahnen oder Bahnverbindungen. Es handelt sich um eine so genannte Großgemeinde, die im Jahr 2003 aus neun Ortsteilen, die bis zu 15 Kilometern weit entfernt voneinander liegen, entstanden ist. Galenbeck weist auch im Vergleich zu anderen ländlichen Räumen in Mecklenburg-Vorpommern mit 16 Einwohnern/km² eine sehr geringe Besiedlungsdichte auf und entspricht ganz dem Typ der schrumpfenden und alternden Gemeinde mit wenig Kindern und Jugendlichen sowie vielen Hochbetagten. Ist die Landschaft auch durchaus reizvoll, so liegt Galenbeck doch zu weit von Mecklenburgs touristischen Anziehungspunkten Ostsee und Mecklenburgischer Schweiz entfernt, um nennenswerte touristische Potenziale zu besitzen. Die Landwirtschaft spielt als Arbeitgeber nach wie vor eine große Rolle, mit Ausnahme eines Seniorenpflegeheimes und wenigen Handwerksbetrieben sind Arbeitsplätze in der rund 1500 Einwohner zählenden Gemeinde Mangelware, sodass die Arbeitslosigkeit seit vielen Jahren um 25 Prozent beträgt. Doch das Erscheinungsbild der Gemeinde ist keineswegs trostlos, denn die Millionen Euro für den Aufbau Ost sind durchaus in Galenbeck angekommen. Neu ge-

Claudia Neu (Hrsg.)
Daseinsvorsorge
 Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung

Daseinsvorsorge aus Sicht der Gesellschaftswissenschaften

Der Beitrag ist ein Nachdruck aus dem Buch „Daseinsvorsorge – eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung“ (Reihe: Demografischer Wandel – Hintergründe und Herausforderungen) mit freundlicher Genehmigung von der Herausgeberin Claudia Neu und dem Verlag Springer VS.

In dem Buch, das sich v. a. an Lehrende und Studierende der Rechtswissenschaften, Geographie und Soziologie sowie an Politikerinnen und Politiker wendet, betrachten die Autoren die Ursachen und Konsequenzen des Wandels der Daseinsvorsorge und fragen nach den größeren gesellschaftlichen Zusammenhängen wie dem Wandel des Wohlfahrtsstaates und der neuen Rolle der Bürger bei der Leistungserbringung von Infrastruktur. Der Band ist 2009 erschienen und bietet eine Zusammenschau verschiedener Disziplinen (Rechtswissenschaften, Geographie, Soziologie) auf das aus gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive bisher wenig erforschte Thema Daseinsvorsorge.

Daseinsvorsorge – eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung, Springer-Programm VS Research, 2009, 222 S., broschiierte Ausgabe ISBN 978-3-531-16627-8, 39,95 €

teerte und ausgebauten Straßen wie aufwendig restaurierte Fassaden zeugen davon.

So sehr die technische Infrastruktur – mit Ausnahme der Breitbandverbindungen – auch verbessert wurde, so wenig blieb von der sozialen und kulturellen Infrastruktur erhalten. Die letzte wohnortnahe Grundschule schloss 2006. Außer an einem Kiosk, der das Nötigste anbietet, besteht keine Gelegenheit, sich mit den Dingen des alltäglichen Bedarfs zu versorgen, geschweige denn Bank- oder Postangelegenheiten zu erledigen. Kein Sportverein, kein Spielplatz oder Jugendclub bietet in der Freizeit Abwechslung. In den neun teilweise aufwendig restaurierten Kirchen wird, wenn überhaupt, nur noch zu hohen Feiertagen Gottesdienst gehalten. Wer über keinen PKW oder hilfsbereite Nachbarn verfügt, hat keine Chance, in die nächstgelegene größere Stadt Neubrandenburg und schon gar nicht in die Kreisstadt Neustrelitz zu gelangen. Der ÖPNV ist fast ganz auf den Schülerverkehr zusammengeschrumpft, in den Ferienzeiten fährt lediglich mittwochs früh ein Bus in die Kleinstadt Friedland und mittags zurück. Noch besucht ein mobiler Arzt zweimal in der Woche die Gemeinde Galenbeck. Doch was, wenn der Arzt altersbedingt seine Praxis schließt? Die Aussichten auf eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger sind denkbar schlecht. Befragt nach der aktuellen Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld und der Infrastrukturausstattung schätzen die befragten Galenbecker Bürger² die Situation durchaus realistisch ein. Da das Untersuchungsgebiet im Hinblick auf die technische Infrastruktur gut erschlossen ist, fielen die Zufriedenheitswerte in diesem Bereich dementsprechend hoch aus (Tabelle 1). Auch der Ausbau der Straßen und die Wasserver- und -entsorgung wurde als sehr zufriedenstellend erlebt. Einzig das Fehlen schneller Internetzugänge im gesamten Gemeindegebiet gab gelegentlich in Gesprächen Anlass zu Klagen. Über die Attraktivität des Wohnumfeldes (naturnahes Wohnen) und des Dorfbildes sowie die unmittelbare Nachbarschaft äußerte sich die Mehrheit der befragten Galenbecker ebenso positiv. Ganz anders fiel dagegen die Beurteilung der sozialen und kulturellen Infrastruktur aus. Mit dem Freizeitangebot in der Gemeinde, der Schulversorgung und dem gastronomischen Angebot zeigten sich die Befragten deutlich unzufrieden. Die höchsten Unzufriedenheitswerte wurden allerdings für die Anbindung an den ÖPNV vergeben. Im Hinblick auf einzelne Teilgruppen der Galenbecker Bevölkerung wurde deutlich, dass die Jüngeren, die Aktiven und die Erwerbstätigen – die Leistungsträger der Gemeinde – ihr Wohnumfeld als weniger zufriedenstellend erlebten und sich zu privaten Dienstleistungen und Freizeitangeboten signifikant unzufriedener äußerten.

In direkter Weise korrespondieren die zuvor geäußerten (Un-)Zufriedenheiten mit den für die Zukunft wahrgenomme-

² Im September 2006 befragten 21 studentische Teilnehmer des Forschungspraktikums „Engagement an der Peripherie“ der Universität Rostock in kombinierten Haushalts-Personen-Interviews 222 private Haushalte der Gemeinde. Dies entspricht rund 40 Prozent der Galenbecker Haushalte.

	sehr/ zufrieden	unzufrieden	weiß nicht
Nachbarschaft	93 %	5 %	3 %
Wasserversorgung /-entsorgung	85 %	12 %	3 %
Ausbau des Straßennetzes	84 %	15 %	1 %
Ärztliche Versorgung (Hausarzt/Notdienst)	81 %	17 %	2 %
Attraktivität des Wohnumfeldes	79 %	19 %	2 %
Bankfilialen	75 %	17 %	8 %
Öffentliche Sicherheit	74 %	19 %	8 %
handwerkliche Dienstleistungsangebote	74 %	17 %	10 %
Postfilialen	70 %	24 %	6 %
Seniorenbetreuung	56 %	14 %	30 %
Einkaufsmöglichkeiten	54 %	45 %	1 %
Kreis- und Amtsverwaltung	53 %	36 %	10 %
Kinderbetreuung (Kindergarten)	41 %	18 %	40 %
Gastronomische Angebote	40 %	47 %	13 %
Freizeitangebote	33 %	57 %	10 %
Schulversorgung	31 %	32 %	37 %
Verkehrsanbindung/ ÖPNV	26 %	58 %	16 %

Tab. 1: Zufriedenheit mit Infrastruktur und Wohnumfeld in der Gemeinde Galenbeck, Quelle: eigene Erhebung, n = 220 (Aufgrund der Rundung der Zahlen ergibt die Addition nicht immer 100 %; Anm. d. HuW-Redaktion)

nen Infrastrukturbedarfen (Abbildung 1). Mit großem Abstand wurde von beinahe der Hälfte der Befragten beim ÖPNV der dringlichste Handlungsbedarf gesehen. Gut ein Drittel der befragten Haushalte sah an zweiter und dritter Stelle die Notwendigkeit, mehr Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangebote zu schaffen. Die Sorge um die zukünftige Gesundheitsversorgung spiegelte sich bereits in Platz 4 auf der Dringlichkeitsliste wider. Selbst wenn augenblicklich die ärztliche Versorgung in der Gemeinde noch gesichert ist, so steht den Bürgern die Zukunft ohne Arzt bereits deutlich vor Augen. Auf Grund der zunehmend alternden Bevölkerung in der Gemeinde wird die aktuell vorhandene seniorengerechte Infrastruktur nicht als ausreichend angesehen. Dass die technische Infrastruktur, wenn auch nicht weiter ausgebaut, so doch kostenintensiv erhalten werden muss, ist vielen Bürgern überaus bewusst. Der Wunsch nach dem Ausbau von Gaststätten und Dorfkneipen besaß für

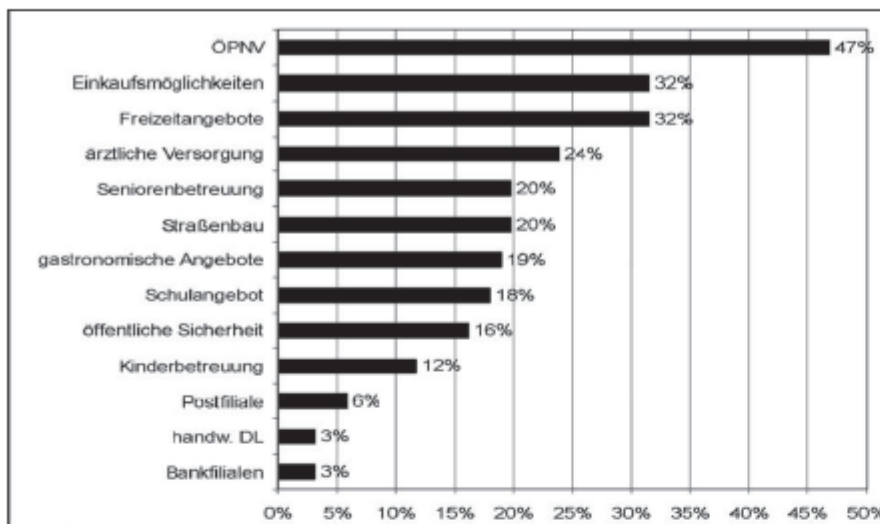


Abb. 1: Wahrgenommener Bedarf an lokalen Dienstleistungen und Infrastruktur
 Quelle: eigene Erhebung. Frage: Welche der folgenden Bereiche sollten Ihrer Meinung nach in den kommenden Jahren verstärkt angeboten werden? Nennen Sie die drei wichtigsten in absteigender Reihenfolge (1 – 3)!

knapp ein Fünftel der Befragten hohe Priorität. Erst an zehnter Stelle sahen die Befragten Handlungsbedarf für weitere Schulangebote und an zwölfter Stelle für ein Mehr an Kinderbetreuungsangeboten. Die demografische Realität ist bereits in Galenbeck angekommen, wo keine Kinder mehr sind, wird auch weniger Handlungsbedarf für sie gesehen. Die Präsenz der Polizei könnte sich für 16 Prozent der Befragten erhöhen. Eine Erweiterung der Post- oder Bankfilialen sowie das Angebot an handwerklichen Dienstleistungen wurde nur von sehr wenigen Befragten (3 – 6 Prozent) präferiert.

Der in den vergangenen Jahren erfolgte Ausbau der technischen Infrastruktur wird von den befragten Galenbecker Bürgern durchaus als (sehr) positiv wahrgenommen. In gleichem Maße wird der Verlust der wohnortnahen sozialen Infrastruktur als Einbuße an Lebensqualität und Gemeinschaft verzeichnet.³ Entsprechend sehen die Bürger in diesen Bereichen auch besonderen politischen Handlungsbedarf.

Die Ergebnisse aus Galenbeck liefern einmal mehr Hinweise darauf, dass trotz eines Ausbaus an technischer Infrastruktur die erwarteten Integrationsleistungen (in den Arbeitsmarkt, Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung) nicht mehr zwangsläufig erfolgen müssen. Vielmehr wird deutlich, dass mit dem Abbau sozialer und kultureller Infrastruktur eine Aushöhlung des öffentlichen Lebens vorangetrieben wird. Postämter, Schulen und Polizeistationen sind stets mehr als gebaute Infrastruktur, sie sind soziale Orte, an denen Staatlichkeit repräsentiert wird und Öffentlichkeit stattfindet. Wie wird Staatlichkeit durchgesetzt und erfahren, wenn keine Polizeistation mehr weit und breit ist, wenn Parteien mangels Kandidaten nicht mehr in den Wahlkampf ziehen oder Wahlurnen erst gar nicht mehr aufgestellt werden?

³ Die Bevölkerungsumfrage „Perspektive Deutschland“ weist ebenfalls darauf hin, dass die Lebensqualität in ländlichen Räumen Ostdeutschlands besonders schlecht bewertet wird (BBR 2005: 6).

4 Aushöhlung des öffentlichen Lebens

Begleitet wird der Prozess der Aushöhlung des öffentlichen Lebens in Galenbeck durch den Verlust an kommunalem Gemeinschaftsgefühl und bürgerschaftlichem Engagement. So verwundert es nicht, dass nur rund ein Drittel der Galenbecker Bürger bürgerschaftlich aktiv ist. Im Vergleich dazu beteiligen sich nach Angaben des Freiwilligen survey 2004 gut Zweidrittel der Bundesbürger ab 14 Jahren am öffentlichen Leben (Gensicke, Picot, Geiss 2006). Nach eigenen Angaben sind es vor allem „fehlende Zeit“, „gesundheitliche Probleme/hohes Alter“ oder aber „mangelnde Motivation“ und „fehlende Angebote“, die eine öffentliche Mitwirkung behindern. Werden die sozialstrukturellen Merkmale der Befragten mit in die Analyse einbezogen, so fällt auf, dass neben den klassischen Größen Erwerbsarbeit und höherer

Bildungsabschluss vor allem das Zusammenleben mit mindestens einer aktiven Person im Haushalt von entscheidender Bedeutung für das eigene Engagement ist. Darüber hinaus hat auch die Wohndauer einen positiven Einfluss auf öffentliche Betätigung. Erst kürzlich Zugezogene sind demnach in Galenbeck weniger oft aktiv. In der Konsequenz bedeutet dies, dass sich vor allem besser ausgebildete, beruflich und sozial gut eingebundene Menschen in Galenbeck aktiv am öffentlichen Leben beteiligen. Alle anderen haben längst den Rückzug ins Private angetreten.

Die Galenbecker Gemeinde stellt in dieser Hinsicht keinen Einzelfall dar. Auch das Freiwilligen survey 2004 gibt Hinweise darauf, dass das bürgerschaftliche Engagement in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands deutlich geringer ausgeprägt ist als im ländlichen Raum Westdeutschlands. Im Westen sind 41 Prozent der Bevölkerung in Orten ländlicher Gebiete mit unter 20.000 Einwohnern freiwillig aktiv, im ländlichen Raum Ostdeutschlands sind es hingegen nur 32 Prozent (Gensicke et al. 2009: 78). Auch weist Loïc Wacquant (2006: 55) in seinen Studien zu US-amerikanischen Ghettos darauf hin, dass ein enger Zusammenhang zwischen Peripherisierung und schwindenden Selbstorganisationskräften besteht. Mitgliedschaften in formalen Organisationen (politische Parteien, Bürgerinitiativen oder Sportvereine) werden seltener, gar nicht öffentlich aktiv zu sein, wird hingegen immer häufiger. Auch Gottesdienste werden deutlich weniger besucht oder Kontakte zu Nachbarn gepflegt. Wacquant kommt zu dem Urteil, dass „das Ghetto im Zuge seiner wachsenden ökonomischen Marginalisierung viel von seiner ursprünglichen organisatorischen Stärke eingebüßt hat (u. a. über den fast vollständigen Verlust von ‚Kanzel und Presse‘ als kollektive Akteure) und dass seine Bewohner und deren Aktivitäten nicht mehr über einen geschützten und relativ autonomen sozialen Raum verfügen, der früher einmal den Aufbau von Parallelstrukturen zu den Institutionen der sie umgebenden Gesellschaft und die Bereitstel-

lung minimaler Grundressourcen für den sozialen Aufstieg (...) ermöglicht hat“ (ebd.: 42). Peripherisierung geht demnach für die Bewohner dieser Regionen oder Stadtteile auch mit einem Verlust an (hilfreichen) sozialen Kontakten und sozialem Kapital einher.

Ohne den Vergleich zu US-amerikanischen Ghettos überstrapazieren zu wollen, lässt sich auch in Galenbeck gut beobachten, wie bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen von wirtschaftlicher Strukturkrise, fehlendem Nachwuchs und rasant voranschreitender Alterung unter Druck gerät. Fehlen einerseits Junge und Erwerbstätige und andererseits öffentliche Räume wie Schulgebäude, Sportstätten oder Wartehallen – eine „Sphäre der zum Publikum versammelten Privatleute“ (Habermas) –, in der die öffentliche Meinung verhandelt werden kann, so ist die Zivilgesellschaft ernsthaft in Gefahr. Ergibt sich keine Gelegenheit mehr – sei es im Ort, im Haushalt oder im Beruf – auf bürgerschaftlich Engagierte zu treffen, so sinkt die Wahrscheinlichkeit selbst aktiv zu werden.

5 Daseinsvorsorge – eine Aufgabe für Bürger?

Der Wandel des Wohlfahrtsstaates wird augenblicklich breit diskutiert, ohne dass bereits klar ist, wie genau dieser Wandel sich vollziehen wird oder zu bewältigen ist. Die Finanzknappheit der öffentlichen Kassen – auch in Folge des zu lange unbeachteten Demographischen Wandels – forciert einerseits die Privatisierung ehemals staatlicher Bereiche der Daseinsvorsorge wie Post oder Wasserversorgung und -entsorgung, andererseits den Abbau oder die Schließung öffentlicher Infrastruktur in schrumpfenden Räumen. Bietet Privatisierung zumeist die Möglichkeit flexibler und preisgünstiger Angebote für die Konsumenten, so birgt sie zeitgleich die Gefahr des Angebotsrückzugs bei zu wenigen oder nicht ausreichend kaufkräftigen Kunden. Die Diskussion um die Breitbandanschlüsse in ländlichen Räumen zeugt von diesem Dilemma. Die Frage um die zukünftige Gestaltung der Daseinsvorsorge gipfelt in der Überlegung, wie territorialer Zusammenhalt unter den Bedingungen von Wachstum und Schrumpfung gesichert werden kann. Welche Aufgaben hat der Staat zukünftig noch in Eigenregie zu erbringen, welche Aufgaben können an private Anbieter abgegeben werden und wo ist eine Kooperation mit den Bürgern möglich?

Am letztgenannten Punkt – Daseinsvorsorge durch bürgerschaftliches Engagement – knüpft noch einmal die Galenbeck-Studie an. Hintergrund der Überlegungen war, dass der Ruf nach dem aktiven Bürger umso lauter wird, je mehr sich der Staat aus der Daseinsvorsorge in entlegenen ländlichen Räumen zurückzieht. Und in der Tat stellt sich die Frage: Wer fährt zukünftig die immobilen Senioren ohne Angehörige in die nächste Kreisstadt? Wer kümmert

sich darum, wenn der Mülleimer auf der Straße nicht mehr geleert wird oder kein Winterdienst mehr kommt? Wer kauft in fünfzehn Jahren für die Senioren ein, deren Kinder und Enkelkinder längst nicht mehr in der Region leben und auch der letzte mobile Händler aufgegeben hat? Können und wollen die Bürger diese Aufgaben übernehmen?

Wollen sich die Galenbecker Bürger überhaupt für die Belange der Gemeinde einsetzen, die über das klassische bürgerschaftliche Engagement (mit seinen Schwerpunkten auf Sport, Spiel und Entspannung) hinausgehen? Wenn ja, wo sehen sie ihre (Einsatz-)Möglichkeiten?

Angesichts des geringen bürgerschaftlichen Engagements in der Gemeinde ist es fast erstaunlich, dass mehr als zwei Drittel der Befragten sich durchaus vorstellen könnten, sich mehr für die Belange der Gemeinde einzusetzen (Abbildung 2). Besonders die eher zupackenden Tätigkeiten wie Pflege von öffentlichen Plätzen oder das Organisieren von Festen fanden dabei Anklang. Auch Fahrdienste für Senioren anzubieten, war für viele denkbar. Pflege von bedürftigen Nachbarn wird bereits heute vielfach in Galenbeck praktiziert, sodass in diesem Bereich eine hohe Bereitschaft zu verzeichnen war. Die direkte Mitarbeit im Seniorenheim, Kindergarten und in der Schule verlor schon deutlich an Attraktivität. Politisch aktiv zu werden oder die kommunale Verwaltung bei der Antragstellung von Fördermitteln zu unterstützen, kam nur noch für fünf beziehungsweise drei Prozent der Haushalte in Frage. Beim Aufbau einer privaten Schule mitzuwirken, war sogar für nur zwei Prozent vorstellbar.

Trotz der beachtlichen Bereitschaft der Bürger sich auch für kommunale Belange einzusetzen, wurde in den Interviews vielfach betont, dass der Einsatz für die Kommune nur fallbezogen betrachtet und eine Institutionalisierung dieser „Arbeiten“ nicht gewünscht wird. Aus diesen Äußerungen lässt sich für die zukünftige Gestaltung der Daseinsvorsorge durchaus

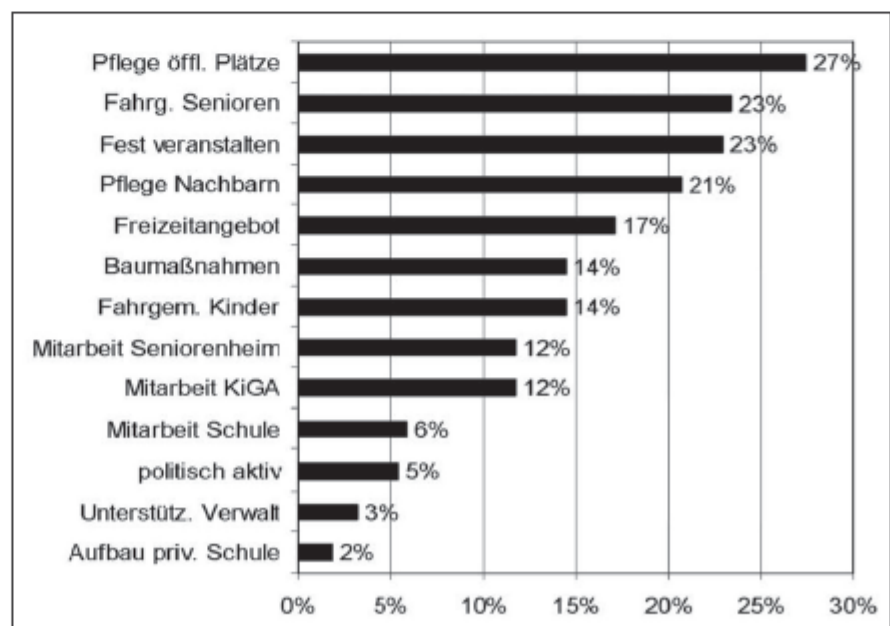


Abb. 2: Engagement für die Gemeinde, Quelle: eigene Erhebung

schließen, dass das kommunale Engagement der Bürger maximal als Ergänzung zur staatlichen Leistungserbringung „zum Einsatz“ kommen kann, nachhaltige Infrastrukturlösungen lassen sich daraus aber nicht ableiten.

Diese Ergebnisse der Galenbeck-Studie offenbaren einen neuralgischen Punkt. Die vielfach angemahnte Ausweitung des bürgerschaftlichen Engagements stößt vor allem aus einem Grund an seine Grenzen: Das gewohnte Grundverständnis vom sorgenden Wohlfahrtsstaat wird an dieser Stelle berührt (Vogel 2007). Denn die verstärkte Inpflichtnahme der Bürger steht häufig im Gegensatz zum bisherigen Verständnis von Daseinsvorsorge, demzufolge Daseinsvorsorge vor allem in der Verantwortlichkeit des Staates liegt und somit den Bürgern keine aktive Rolle bei der Leistungserbringung zukommt (Kersten 2005). Mögen die Bürger den Ruf nach dem „aktiven Bürger“ wohl hören, bereitwillig folgen wollen sie ihm vermutlich aber nicht. Einerseits ist es schwer vermittelbar, wieso Bürger nun in Eigenarbeit Leistungen erbringen sollen, für die sie Steuern und Abgaben zahlen (Sanierung von Schulgebäuden, Müllentsorgung an öffentlichen Plätzen). Andererseits geben die Interviews klare Hinweise darauf, dass viele Bürger sich nicht in der Pflicht sehen, da ihrer Ansicht nach öffentliche Aufgaben wie Gebäudesanierung oder Betreuung von Schülern in der Schule hoheitliche Aufgaben sind. Berthold Vogel (2007) weist darüber hinaus darauf hin, dass der Wandel des Wohlfahrtsstaates vor allem für die Mittelschicht mit Statusunsicherheiten und Abstiegsängsten verbunden ist und dass gerade dort besonderer Bedarf für daseinsvorsorgende und statussichernde staatliche Leistungen reklamiert wird – ein freiwilliger Verzicht auf diese Leistungen also nicht zu erwarten ist.

Dies bedeutet aber nun, wenn Bürger in Zukunft nicht bloß als Ausfallbürge für fehlende öffentliche Infrastruktur zum Einsatz kommen sollen, dass es unerlässlich sein wird, den Bürgern einen Gewinn ihrer verstärkten Aktivitäten zum Wohl der Gemeinschaft in Aussicht zu stellen. Es geht also um ein Mehr an finanziellen Spielräumen und Entscheidungskompetenzen für die Bürger. Mitwirkung darf sich nicht allein auf das „Abnicken“ bereits bestehender Planungen beschränken, sondern muss verantwortungsvolle Entscheidungs- und Umsetzungsmöglichkeiten in die Hände der Bürger übergeben. Diese Schritte erfordern aber, dass von staatlicher Seite auch Rechtsformen bereitgestellt werden, die eine aktive Mitwirkung bei der Erbringung bisher überwiegend von öffentlicher Hand bereitgestellter Leistungen ermöglichen (zum Beispiel im ÖPNV, bei der Gesundheitsversorgung) (Kersten 2007: 313). Wird nicht darüber nachgedacht werden, wie ein neues Zusammenspiel zwischen staatlicher Verwaltung, Markt und Zivilgesellschaft zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge aussehen sollte, welche Flexibilisierungsmöglichkeiten und wo die Mitwirkungsspielräume für Bürger bestehen, wird die Zukunft der Daseinsvorsorge in peripheren Räumen weiterhin allein durch Schließungen und zunehmende Unterversorgung bestimmt sein. Der das politische Handeln so lange leitende Gedanke, dass Infrastrukturen so-

ziale und territoriale Integrationsleistungen zu erbringen haben (van Laak 1999, van Laak 2006), spielt dann keine Rolle mehr.

6 Territoriale Ungleichheit und Daseinsvorsorge

Die wirtschaftlichen und demografischen Veränderungen haben in den vergangenen Jahren zu deutlichen regionalen Disparitäten geführt, in deren Gefolge eine neue soziale Frage nach „der Exklusion von Menschen, Gruppen und Regionen“ (Kersten 2007: 311) aufscheint. Aktuell stellt sich diese Frage mit besonderer Härte in den peripheren ländlichen Räumen Ostdeutschlands, doch längst sind auch ländliche Räume im Westen und ganze Stadtviertel von Peripherisierungsprozessen betroffen.

Für die Bewohner dieser peripheren Räume hat sich die unausgesprochene Verheißung des Infrastrukturausbaus – Angleichung und Integration – nur sehr bedingt erfüllt. Zwar ist der Standard zum Beispiel der Verkehrsinfrastruktur auf hohem Niveau, doch unabhängig davon finden wirtschaftliche Entwicklungen anderenorts statt. Auch das Dorfbild hat sich dank großzügiger EU-Förderung wesentlich gebessert, und doch gehen die Jungen weg. Zeitgleich werden in Folge sinkender Bevölkerungszahlen, leerer öffentlicher Kassen soziale und kulturelle Infrastruktur abgebaut und ausgedünnt.

Die Frage bleibt: Wie ist mit den räumlichen Disparitäten umzugehen und wie die zukünftige Daseinsvorsorge unter den Bedingungen von Wachstum und Schrumpfung zu gestalten?

Gerne wird zurzeit auf die Notwendigkeit der Einführung von Mindeststandards hingewiesen (exemplarisch Strubelt 2006). Die Festlegung von Mindeststandards in der Infrastrukturausstattung erlauben zwar einerseits das Festhalten am Gleichwertigkeitsprinzip (für alle Landesteile mindestens gleich wenig), andererseits beantwortet sie aber nicht die Frage nach den Zugangs- und Teilhabechancen der Bewohner abgekoppelter Regionen am gesellschaftlichen Leben.

Die wenigen Schilderungen aus der Gemeinde Galenbeck erlauben es, von sozialstrukturellen Folgen zu sprechen, die sich als territoriale Ungleichheit beschreiben lassen (Neu 2006). Denn für viele Bewohner haben sich die Zugangs- und Teilhabemöglichkeiten im Hinblick auf ÖPNV, Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs oder Freizeit- und Kommunikationsmöglichkeiten bereits deutlich eingeschränkt. Und es ist auch nicht so, dass den Bürgern die Lage nicht bewusst wäre, denn der Rückbau der Infrastruktur wird als deutliche Einbuße in der Lebensqualität erfahren. So tritt neben dem Mangel an Arbeitsplätzen ein Mangel an Lebensqualität, der diese peripheren Räume weiter schwächt. Längst haben alle, die anderswo Optionen auf eine bessere Zukunft sehen, diese Regionen verlassen. Die Alten und sozial Benachteiligten finden aber nirgends einen anderen Platz, sie bleiben auf ihren Ort verwiesen.

Im Hinblick auf eine zukunftsfähige Gestaltung der Daseinsvorsorge könnte es hilfreich sein, sich von dem Gedanken der

Mindeststandards zu lösen und den alten Leitgedanken der sozialen und territorialen Integration über Infrastrukturen neu zu beleben. Also nicht die Frage „wie wenig darf's denn sein“ ist entscheidend, sondern wie kann Zugang und Teilhabe zu erstrebenswerten Gütern und Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit für annähernd alle Menschen organisiert werden – unabhängig von ihrem Wohnort. Dann ist es nicht zwanghaft notwendig, gleiche Lebensverhältnisse herzustellen, sondern Integration über Teilhabe zu gewährleisten. Die Organisation der Daseinsvorsorge braucht flexible Lösungen, die vor allem an den Bedarfen der Bürger ausgerichtet sind. Wer diese Leistungen zukünftig zu erbringen hat und wie, wird Teil eines (langen und harten) Aushandlungsprozesses sein. Der soziale und territoriale Zusammenhalt der Bundesrepublik könnte auf diese Weise aber gestärkt und gesichert werden.

Literatur

- Barlösius, Eva (2006): Gleichwertig ist nicht gleich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37. 16-22.
- Barlösius, Eva (2007): Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis, in: Barlösius/Schiek (Hrsg.) (2007): 9-36.
- Barlösius, Eva/Neu, Claudia (2007): Gleichwertigkeit – Ade? Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume, in: *Prokla* 36. 77-92.
- Barlösius, Eva/Neu, Claudia (2008): Territoriale Ungleichheit: Eine spezifische Ausprägung räumlicher Untergleichheit, in: Barlösius/Neu (Hrsg.) (2008): 17-23.
- Barlösius, Eva/Neu, Claudia (Hrsg.) (2008): *Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit*, Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.
- Barlösius, Eva/Schiek, Daniela (Hrsg.) (2007): *Die Demographisierung des Gesellschaftlichen*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Brandenburger Landtag (2004): Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 4. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 2004 bis 2009.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2005): *Raumordnungsbericht 2005*. Bonn.
- Davezies, Laurant/Veltz, Pierre (2006): Les métamorphoses du territoire: nouvelles mobilités, nouvelles inégalités, in: *La république des idées* (Hrsg.) (2006): 27-36.
- Doering-Manteuffel, Anselm (Hrsg.) (2006): *Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Gensicke, Thomas/Picot, Sybille/Geiss, Sabine (2006): *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Gensicke, Thomas/Olk, Thomas/Reim, Daphne/Schmitthals, Jenny/Dienel, Hans-Luidger: *Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland – quantitative und qualitative Befunde*: Wiesbaden: VS Verlag.
- Keim, Karl-Dieter (2006): Peripherisierung ländlicher Räume – Essay. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37. 3-7.
- Kersten, Jens (2005): Die Entwicklung des Konzepts der Daseinsvorsorge im Werk von Ernst Forsthoff. In: *Der Staat* 44. 543-569.
- Kersten, Jens (2007): Demographie als Verwaltungsaufgabe. In: *Die Verwaltung* 40 (3). 309-345.
- Laak, Dirk van (1999): Der Begriff der „Infrastruktur“ was er vor seiner Erfindung besagte. In: *Archiv für Begriffsgeschichte* 41. 280-299.
- Laak, Dirk van (2006): Garanten der Beständigkeit. Infrastrukturen als Integrationsmedien des Raumes und der Zeit. In: Doering-Manteuffel, Anselm (Hrsg.) (2006): 167-180.
- Neu, Claudia (2004): *Genossenschaftsbauern im ostdeutschen Transformationsprozess – Fallbeispiele aus Brandenburg*. Diss., Bonn.
- Neu, Claudia (2006): Territoriale Ungleichheit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37. 8-15.
- Neu, Claudia et al. (2007): *Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck* (hrsg. vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucher Mecklenburg-Vorpommern). Schwerin.
- Platzeck, Mathias (2004a): *Wie weiter mit dem Aufbau Ost? Platzeck legt konkrete Vorschläge vor*. Presseinformation der Staatskanzlei Brandenburg vom 31.05.2004.
- Platzeck, Mathias (2004b): Regierungserklärung vom 27.10.2004, Plenarprotokoll des Brandenburgischen Landtages 4/2.
- Strubelt, Wendelin (2006): Auf der Suche nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – oder: die Suche nach verlorengegangenem Sinn der Zeit. In: *BBR* (Hrsg.) (2006): Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse. Informationen zur Raumentwicklung 6/7. 305-308.
- Vogel, Berthold (2007): *Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Wacquant, Loïc (2006) *Das Janusgesicht der Ghettos und andere Essays*. Basel u.a.: Birkhäuser und Baurverlag.

Prof. Dr. Claudia Neu
Allgemeine Soziologie, insbesondere Methoden empirischer
Sozial- und Marktforschung sowie Ernährungssoziologie
Hochschule Niederrhein
Fachbereich Oecotrophologie
Rheydter Str. 277
41065 Mönchengladbach
Tel. +49 (0)2161 186-5384
Claudia.Neu@hs-niederrhein.de